



**An  
Das 16. StudentInnenParlament der  
Humboldt-Universität zu Berlin**

RCDS HU Berlin

[www.rcds-hu.de](http://www.rcds-hu.de)

Per mail an: [praesidium@stupa.hu-berlin.de](mailto:praesidium@stupa.hu-berlin.de)

Berlin, 08. Dezember 2008

### **Antrag an das StudentInnenparlament der HU zu Berlin**

Hiermit beantragt der RCDS, Folgendes zu beschließen:

Die verfasste Studierendenschaft der Humboldt-Universität fordert das Land Berlin auf, die bestehenden und mittelfristig absehbaren Finanzierungsprobleme der Universität zu decken, um freie Wissenschaft und Bildung auf hohem Niveau in Berlin dauerhaft zu sichern.

Aufgrund der finanzpolitischen Entwicklungen der letzten Monate sind für alle Berliner Universitäten nicht genau abschätzbare Finanzrisiken entstanden. Diese Risiken erschweren eine verlässliche Haushaltsplanung für die kommenden Jahre stark. Allein für die HU ergeben sich (absehbar bis 2010) Mehrausgaben von 39.271 T€.

Besonders im Vergleich zum Landeszuschuss des Landes Berlin von 227,3 Mio. € wird die Dimension des Fehlbetrages deutlich. Es dürfte im Allgemeinen unstrittig sein, dass die Universität die nötigen Einsparungen von 17,3% ihres Landeszuschusses nicht leisten können, ohne den Lehr- und Forschungsbetrieb nachhaltig zu stören. Weiterhin ist festzustellen, dass die Mehrausgaben durch gesamtwirtschaftliche bzw. gesellschaftliche Zusammenhänge bedingt sind. Die von der Universität veranschlagten, zu erwartenden, nicht gedeckten Ausgaben von ca. 40 Mio. € setzen sich aus (unvorhersehbar) höheren Ausgaben für folgende Ausgabenpunkte zusammen:

- Tarifverträge für die Beschäftigten der HU (Mehrbelastung: 15.624T€)
- Gestiegene Investitions- und Energiekosten (Mehrausgaben: 4.101T€)
- Gesicherte Mehrausgaben bis 2010, u.a. Ost-West-Angleichung, zusätzliche Pensionierungen (Mehrausgaben: 13.005T€)
- Vermutlich zu erwartende weitere Ausgaben (Mehrausgaben: voraussichtlich 6.541T€)

Es ist ersichtlich, dass die aufgeführten Ausgaben aus verschiedenen Gründen sowohl notwendig, als auch unausweichlich sind, um den Universitätsbetrieb aufrecht zu erhalten. Sollten die Mehrausgaben nicht durch das Land Berlin kompensiert werden, droht laut Berechnungen der vier Berliner Universitäten ein Verlust von 15.000 Studienplätzen (zum Vergleich: Studierendenzahl der HU ohne Charité: 28.643). Da der Kern der Ausgaben alle Berliner Hochschulen treffen wird, sind ähnliche Entwicklungen auch an Fachhochschulen und Berufsakademien zu erwarten.

Das Land Berlin ist gem. Art. 70 iVm. Art. 71, 72, 73, 74 GG für die Hochschulen allein zuständig. Daher obliegt es dem Land auch für die Hochschulen zu sorgen und sie finanziell auszustatten (gem. §87Abs. 1 BerlHG). Besonders im Falle der Bedrohung der Funktionsfähigkeit seiner Universitäten muss das Land die Versorgung sicherstellen. Forderungen des Senates, die Mehrausgaben durch Einsparungen zu kompensieren, kann zum einen damit entgegengetreten werden, dass seit der Wiedervereinigung in Berlin die Anzahl der Professuren bereits um 46,1% zurückgegangen ist (ähnliche Phänomene betreffen auch die anderen Beschäftigungsgruppen). Auch die Zahl der Studierenden ist von 109.557 1992 auf 84.789 2007 gesunken. Diese beiden Indikatoren machen besonders deutlich, wie stark bereits Einsparungsmaßnahmen betrieben worden sind. Besonders die Studierenden der HU bemerken die Entwicklung immer wieder durch volle Hörsäle und Seminare bzw. ein stark eingeschränktes Lehrangebot. Eine hochqualitative universitäre Ausbildung kann bei einer konstanten Weiterführung der Einsparpolitik nicht mehr geleistet werden.

Von solch einer negativen Entwicklung wären aber nicht nur die Studierenden in Berlin betroffen. Gerade im strukturschwachen Berlin stellt der Bildungssektor einen wichtigen Wirtschaftszweig dar, der auch in Zukunft weitere Arbeitsplätze schaffen kann und wird. Verweigert der Senat den Hochschulen eine ausreichende Finanzierung, so greift er nicht nur den Bildungsbereich an, sondern nimmt direkt Einfluss auf das wirtschaftliche Schicksal der Stadt.

Aus den genannten Gründen möge die verfasste Studierendenschaft der HU zu Berlin sich öffentlich für eine Kompensation der Mehrausgaben aussprechen und einsetzen. Das StuPa der HU beauftragt den RefRat der HU zu Berlin mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe gegenüber dem Berliner Senat und der Öffentlichkeit.

Gez.  
Christoph Diehn

Quelle der Finanzdaten:

- HU zu Berlin

Pressekonferenz der Universitätspräsidenten 22.9.2008

<http://www.hu-berlin.de/ueberblick/zahlen> (Zugriff: 7.12.2008)